





Thomas Schmidinger | Josef Weidenholzer (Hg.)

# VIRENREGIME

Wie die Coronakrise unsere Welt verändert.  
Befunde, Analysen, Anregungen

bahoe books

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der  
Kulturabteilung der Stadt Wien (MA7 Wissenschaft)

Thomas Schmidinger | Josef Weidenholzer (Hg.)  
Virenregime.  
Wie die Coronakrise unsere Welt verändert.  
Befunde, Analysen, Anregungen

Erstausgabe

Coverillustration: Milena R. Heussler

© bahoe books 2020

ISBN 978-3-903290-33-4

bahoe books  
Fischerstiege 4-8/2/3  
A-1010 Wien

[bahoebooks.net](http://bahoebooks.net)

# Inhalt

Einleitung	6
<b>1. Globale und europäische Folgen der Coronakrise</b>	
Alternativen, Chancen, neue Allianzen OLIVER SCHEIBER	19
Auf dem Weg in einen Corona-Kapitalismus? ULRICH BRAND	26
Corona verseucht Politik und Medien RUBINA MÖHRING	37
Gewissheit in ungewissen Zeiten INGRID BRODNIG	42
Die Coronakrise: Eine Chance für progressive Politik? CONNY REUTER	49
Dystopische Potentiale CENGİZ KULAÇ	52
Ist Europa wieder einmal nach vorne gescheitert? JOSEF WEIDENHOLZER	64
Für eine links-realistische Erneuerung der außenpolitischen Agenda der EU ELDAR MAMEDOV	76
Europäischer Parlamentarismus in Zeiten der Coronakrise REBECCA KAMPL	83
Die Mobilität der Arbeitskräfte in der EU könnte zum Schlüssel für den europäischen Zusammenhalt werden CODRUȚA FILIP	88
Wie Corona der Abschottungsstrategie der EU an der griechischen Außengrenze Auftrieb gibt RAMONA LENZ	95
Corona und Big Data MEROPI TZANETAKIS	105
<b>2. Regionale und nationale Folgen der Coronakrise</b>	
Die «lockere» schwedische Strategie NINA CARLSSON	117
Ungarns Ministerpräsident Orbán als Corona-Profitueur KARL PFEIFER	126

Die Coronakrise am Westbalkan DUNJA LARISE	138
Kosovo, Covid-19 und der Sturz eines Ministerpräsidenten MARIJANA GRANDITS	147
Virus im Brexitland HEIKO KHOO   ELISABETH SCHIMPFÖSSL	153
Der nordirische Friedensprozess in Zeiten von Corona und Brexit BERT PREISS	165
Türkische Antworten auf die Coronakrise ISMAIL KÜPELI   NELLI TÜGEL	176
Die USA in Zeiten von Corona VERENA STERN	182
Der Kreml und die Coronakrise JUTTA SOMMERBAUER	188
Corona in Mexiko WOLF-DIETER VOGEL	197
De pasajes y desbordes: Die bolivianische Erfahrung OSCAR VEGA CAMACHO	207
Der italienische Weg FRANCESCO RONCHI	213
Covid-19 in Brasilien ANDREAS NOVY   CARLOS R. WINCKLER	218
Die Coronakrise im Iran ALI FATHOLLAH-NEJAD	230
Corona in Japan GREGOR WAKOUNIG	245
Die Auswirkungen von Covid-19 in Indien ANAND KUMAR	250
Die Volksrepublik China und ihre Nachbarn CHRISTIAN SCHAFFERER	257
Coronakrise am Nil RAMI ALI	269
Krise in der Krise: Corona im Nahen Osten THOMAS SCHMIDINGER	278
Weibliche Regierungschefinnen im Umgang mit der Pandemie LAETICIA THISSEN   ANIA SKRZYPEK	292

### 3. ÖSTERREICH UND DIE CORONAKRISE

Wie Ischgl ein Super-Spreader wurde SEBASTIAN REINFELDT	315
Krisenkommunikation und Krisenmanagement in «Corona-Zeiten» RUTH WODAK	330
Das Parlament im Verordnungsstaat – eine verschwindende Größe ALFRED J. NOLL	342
Ist der Neoliberalismus am Ende? WALTER O. ÖTSCH	352
Was uns rettet, sind die Restposten des alten Sozialstaats ISOLDE CHARIM	362
Wie kann eine fortschrittliche Arbeitsmarktpolitik aussehen? IRIS WOLTRAN   DENNIS TAMESBERGER	366
Prekäre Beschäftigung in Zeiten von Corona HANSJÖRG SECKAUER   CHRISTINE STELZER-ORTHOFFER	378
Covid-19 – Warnzeichen oder Weckruf? BRIGITTE AULENBACHER	394
Corona, PISA, Homeschooling und fehlender Sozialindex JOHANN BACHER   KATRIN HASENGRUBER   ROBERT MOOSBRUGGER	401
Corona als Lupe für Bildungsungleichheit FABIANA ELLMERER	412
Lieber Minister, wie viel Gesundheit ist Ihnen Leistung wert? ANNA ULRICH	423
Körperlose Kommunikation in der universitären Lehre HEIDE HAMMER	428
Die Auswirkungen von Covid-19 auf Studierende JULIUS GRUBER   BABSÍ ORDINAIRETEUR	434
Coronahilfe für Kunst & Kultur in Österreich und Deutschland PETER TSCHMUCK	439
Von der Wertschätzungskrise der Literatur DOMINIKA MEINDL	450
Care-Work und unbezahlte Mehrarbeit von Frauen in der Krise HANNA LICHTENBERGER   STEFANIE WÖHL	455
Auswirkungen auf Migrant*innen und Geflüchtete in Österreich ALICIA ALLGÄUER   MARY KREUTZER	464

# Krise in der Krise: Corona im Nahen Osten

Von Thomas Schmidinger

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über den Umgang mit Corona und die politischen Folgen im Nahen Osten, einer Region, die in den letzten Jahren von politischen Krisen, militärischen Konflikten aber auch von sozialen Protesten und Bewegungen geprägt war. Die Region wird hier sehr eng gefasst, da die deutlich stärker betroffenen Nachbarstaaten Türkei, Iran und Ägypten, die manchmal ebenfalls zum nicht eindeutig definierten «Nahen Ostens» gezählt werden, im Rahmen dieses Sammelbandes eigenständig behandelt werden.

Das Virus und der politische Umgang mit diesem wirkten sich in den sehr unterschiedlichen Staaten und Entitäten der Region sehr unterschiedlich aus.

## Irak: Kein Ende der Proteste

Im Herbst 2019 hatte sich im Irak eine zivile Protestbewegung entwickelt, die vor allem von jungen IrakerInnen getragen wurde und sich gegen Korruption und Sektarianismus wendete, sich auf soziale und ökonomische Forderungen konzentrierte, allerdings auch einen souveränen zivilen Rechtsstaat verlangte und sich gegen den iranischen Einfluss in der irakischen Regierung wandte. Obwohl die Protestbewegung immer wieder massiv von Milizen angegriffen wurde, konnte sie sowohl den Rücktritt des als proiranisch geltenden Ministerpräsident Adil Abdul-Mahdi erzwingen, als auch einen völlig neuen Diskurs über einen Irak als gemeinsamen zivilen Staat statt eines von ethnokonfessionellen Milizen und Parteien regierten Staates ermöglichen. Allein der Diskurs ändert allerdings noch keine politischen und ökonomischen Strukturen. Die Proteste sind damit bis heute im Gange.

Der Irak war mit insgesamt 712 Covid-19-Toten und 22.700 bestätigte Infektionen bis zum 17. Juni 2020<sup>1</sup> eines der stärker betroffenen Länder im Nahen Osten. Seither sind die Zahlen erneut massiv gestiegen. Die engen politischen, ökonomischen, kulturellen und religiösen Beziehungen zum Nachbarland Iran

<sup>1</sup> Alle Zahlen von Covid-19-Toten und Infektionen wurden, wenn nicht anders angegeben, am 17. Juni 2020 der gut recherchierten und regelmäßig aktualisierten Website <https://www.worldometers.info/coronavirus/#countries> entnommen.



spielten dabei eine entscheidende Rolle, da dieser bereits sehr früh hohe Infektionszahlen aufzuweisen hatte.

Sowohl die irakische Regierung als auch die Regionalregierung Kurdistans reagierten im März auf die Krise mit einem Lockdown, der nicht nur zur Schließung von Schulen, Universitäten und den meisten Firmen und Geschäften inkludierte, sondern auch Reisen zwischen den Provinzen und Flüge verbot. Am 15. März verkündigte die damalige irakische Regierung unter Adil Abdul-Mahdi eine vollständige Ausgangssperre in der Hauptstadt Bagdad, die vom 17. März an gültig sein sollte.<sup>2</sup> Für die Schulen, die bereits im Herbst aufgrund der Proteste und Unruhen immer wieder geschlossen waren, bedeutet das de facto, dass das gesamte Schuljahr 2019/2020 ausfiel. Die meisten Staatsbedienstete wurden bereits im März nach Hause geschickt und kamen bisher nicht wieder an ihre Arbeitsplätze zurück. Die Wirtschaft des Landes steht fast völlig still. Der irakische Mittelstand reagiert auch persönlich wesentlich strikter auf Corona als auf die Kriegssituation der vergangenen Jahre. Ein Freund aus Bagdad begründete mir gegenüber seine persönliche Haltung so: «Im Krieg bin ich hinausgegangen und hab das Essen für meine Familie gebracht. Da war klar, wenn ich draußen bin, ist es gefährlich aber nur für mich und meine Familie ist in Sicherheit. Jetzt kann es sein, dass ich den Tod zu meinen Eltern und Kindern bringe.»<sup>3</sup>

Trotz Ausgangssperren, Schließungen von Schulen, Universitäten und Reiseverboten zwischen den Provinzen, konnte die Ausbreitung des Virus allerdings nicht verhindert werden. Die Infektionen breiten sich auch im Juli noch weiter aus. Bis zum 8. Juli gab es bereits 2.779 Covid-19 Tote im Irak.<sup>4</sup> Dies bedeutet einen massiven Anstieg der Toten in der zweiten Juni-Hälfte und Anfang Juli. Der Irak ist damit von allen in diesem Artikel behandelten Staaten mit Abstand der am stärksten betroffene Staat. Innerhalb des Irak sind die Provinzen sehr unterschiedlich betroffen. Am stärksten konnte sich das Virus bislang in Bagdad, in Najaf, Basra und in den beiden kurdischen Provinzen Suleymania und Erbil/Hawler verbreiten.

Die im März verhängte Ausgangssperre hätte auch dazu dienen sollen das seit Oktober existierende Protestcamp am Midan Tahrir durch Sicherheitskräfte und Milizen zu räumen, was allerdings nicht gelang. Trotz Angriffen auf das Protestcamp harten AktivistInnen weiter auf dem zentralen Platz, mit seinem

2 <https://english.alarabiya.net/en/News/middle-east/2020/03/15/Iraqi-government-imposes-curfew-in-Baghdad-over-coronavirus-concerns> (1.7.2020)

3 Skypegespräch mit einem irakischen Freund in Bagdad. 29.6.2020.

4 <https://www.worldometers.info/coronavirus/#countries> (7.7.2020).

symbolträchtigen Befreiungsmonument von Jewad Salim, aus und verteidigten damit die symbolische Zentrale der Protestbewegung.<sup>5</sup> Dabei musste der Platz im April mehrfach militant verteidigt werden. Auch in anderen Städten des Südirak kam es immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und Sicherheitskräften.

Auch der neue parteilose Ministerpräsident Mustafa Al-Kadhimi, der erst am 7. Mai in seinem Amt bestätigt wurde, konnte die Protestbewegung nicht zufriedenstellen. Die Protestbewegung dauert auch unter der neuen Regierung an und füllt immer wieder die Straßen von Bagdad und einer Reihe anderer irakischer Städte im Süden des Landes mit DemonstrantInnen, während zugleich im Zentralirak die Jihadisten des sogenannten Islamischen Staates (IS) wieder in die Offensive gehen und der kurdische Norden des Landes seit Beginn der türkischen Operation Adler- und Tigerkralle (Pençe-Kartal und Pençe-Kaplan Operasyonu) am 15. Juni 2020 unter massiven Angriffen türkischer Luft- und Bodestreitkräfte zu leiden hat.

## Syrien: Virus im Bürgerkrieg

Am 29. März gab es in Syrien die erste bestätigte Covid-19-Tote. Schon seit Ende Februar gab es allerdings allenthalben Gerüchte über mögliche Coronainfizierte. In einem Staat, in dem aufseiten der Regierung in Damaskus eine Reihe iranischer Milizen aktiv sind, wäre es erstaunlich, wenn diese nicht auch das Virus aus einem Land mitgebracht hätten, das zu diesem Zeitpunkt bereits massiv mit der Pandemie zu kämpfen hatte. Bestätigte Fälle waren es bis in den Sommer hinein allerdings nur wenige. Offiziell gab es in Syrien bis Mitte Juni nur sechs Covid-19-Tote. In einem Land in dem Menschen an vielen anderen Ursachen sterben und die Gesundheitsversorgung teilweise zusammengebrochen ist, sind solche Zahlen allerdings mit großer Vorsicht zu genießen.

Als vom Bürgerkrieg in vier größere und einen kleineren Teil zerrissenes Land sind die verschiedenen Entitäten Syriens der Herausforderung der Coronakrise sehr unterschiedlich begegnet. Abgesehen vom kleinen Wüstengebiet an der irakischen Grenze um al-Tanf, das von einigen hundert Kämpfern der US-gestützten Revolutionären Kommandoarmee (Jaysh Maghawir al-Thawra) kontrolliert

<sup>5</sup> <https://www.al-monitor.com/pulse/originals/2020/04/iraq-coronavirus-covid-19-protesters.html> (1.7.2020)

wird, zerfällt Syrien seit der Niederlage des IS und der südsyrischen Rebellen-  
gruppen im Wesentlichen in vier Teile:

1. die von der Regierung in Damaskus in ihren Verbündeten kontrollierten  
Teile Syriens mit knapp 60% der Gesamtfläche und fast allen großen Städten  
des Landes.

2. die von den Syrischen Demokratischen Kräften (SDF) kontrollierten Ge-  
biete der Autonomen Administration von Nord- und Ostsyrien mit etwa 25%  
der Fläche Syriens, die sowohl kurdisch und christlich besiedelte Regionen, als  
auch arabisch besiedelte Regionen umfasst, die von den SDF dem IS abgerungen  
wurden.

3. die türkische besetzten Gebiete Nordsyriens, die von der türkischen Armee  
gemeinsam mit einer Vielzahl mehr oder weniger islamistischer Milizen kont-  
rolliert werden und in denen die Zivilverwaltung einer «Syrischen Übergangsre-  
gierung» übertragen wurde und die knapp 10% des Staatsgebietes ausmachen.

4. die von den jihadistischen Milizen der Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) kon-  
trollierten Teile der Provinz Idlib, in denen die Jihadisten 2017 eine «Syrische  
Rettungsregierung» eingesetzt haben und knapp 5% der Gesamtfläche Syriens  
ausmacht, allerdings aufgrund der Flüchtlinge aus ehemaligen Oppositionsge-  
bieten sehr viel mehr als nur 5% Bevölkerung umfasst.

Diese vier verschiedenen Verwaltungen hatten sehr unterschiedliche Möglich-  
keiten auf die Coronakrise zu reagieren und verfolgten jeweils auch unterschied-  
liche Policies. Während das Regierungsgebiet immer noch über eine relativ in-  
takte medizinische Infrastruktur und entsprechende Testmöglichkeiten verfügte  
und die türkische besetzten Gebiete zumindest über Zugang zum türkischen  
Gesundheitssystem verfügten, gab es in den anderen Entitäten teilweise gravie-  
rendere Versorgungsprobleme.

So war die Autonome Administration von Nord- und Ostsyrien im Frühjahr  
2020 noch isolierter als sonst. Der einzige Grenzübergang in Semalka/Faysh Ha-  
bur, der die selbstverwaltete Region mit der Außenwelt verbindet, wurde am  
2. März 2020 geschlossen. Nur noch dienstags durften bestimmte Hilfsorgani-  
sationen, auf die man nicht verzichten konnte, und wenige ausgewählte Jour-  
nalistInnen über die Grenze, ehe diese am 23. März völlig geschlossen wurde.  
Die Autonome Administration verhängte an diesem 23. März einen sehr strikten  
Lockdown, sperrte Schulen und Universitäten, untersagte Versammlungen und  
verordnete den Stillstand der meisten Betriebe und Geschäfte. Lediglich der Le-  
bensmittelhandel und Apotheken durften geöffnet bleiben. Auch wenn keine  
Ausgangssperre verhängt wurde, so wurde doch die Fortbewegung zwischen  
den Städten untersagt.

Zu groß waren die Ängste, dass ein Ausbruch des Virus massive Folgen auf das ohnehin nur notdürftig aufrechterhaltene Gesundheitssystem in der Region hätte. Hunderttausende leben in der Region zudem in Flüchtlingslagern mit eng aneinander gestellten Zelten oder wurden im Oktober 2019, bei der jüngsten türkischen Invasion notdürftig in Massenquartieren in Schulen untergebracht, wo große Gruppen an Vertriebenen in Klassenzimmern zusammenleben. Die medizinische Versorgung in den Vertriebenenlagern ist noch schlechter als in den anderen Regionen Nord- und Ostsyriens und wird nur notdürftig vom Kurdischen Roten Halbmond (Heyva Sor a Kurdistanê) aufrechterhalten.

Problematisch wurde dabei auch das Fehlen von Testmöglichkeiten gesehen, da der einzige dafür vorhandene Thermocycler, der für Tests benötigt wurde, ausgerechnet im Krankenhaus von Serê Kaniyê stand, also jener Stadt, die im Oktober 2019 von der Türkei und pro-türkischen Milizen besetzt wurde. Damit gab es, bis im April aus Europa ein neuer Thermocycler eingeschmuggelt werden konnte, keine Testmöglichkeit in der Region. Im März 2020 mussten Verdachtsfälle noch zur Testung in die Hauptstadt Damaskus geschickt werden. Von dort kam, wenn überhaupt, allerdings frühestens acht Tage später eine Antwort. Die Bestätigung des ersten Falles kam so erst an jenem Tag, an dem dieser starb. Dieser Fall aus Hasaka blieb aber lange der einzige Tote in der Autonomieregion Nord- und Ostsyriens. Zwar wurde die Familie des Toten angesteckt, eine konsequente Quarantäne über die Stadt konnte aber eine weitere Ausbreitung verhindern.<sup>6</sup>

Noch katastrophaler sah die medizinische Versorgung in Idlib aus, jener Region im Nordwesten Syriens, die von der jihadistischen Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) kontrolliert wird, deren Vorgängerorganisation Jabhat al-Nusra bis 2016 noch offiziell Teil der al-Qaida war. Obwohl sich die militärische Situation in der Region seit dem Abkommen zwischen Putin und Erdoğan am 5. März wieder etwas beruhigt hatte, wurden bis dahin immer wieder Krankenhäuser angegriffen und zerstört.

Zu Beginn der Coronakrise standen den insgesamt 3,5 Millionen BewohnerInnen der Region insgesamt nur noch drei Krankenhäuser zur Verfügung. Von den drei Krankenhäusern war laut Till Küster, Syrien-Koordinator von Medico International, nur noch eines voll funktionsfähig. Die WHO sprach davon, dass in der Region nur knapp 150 Intensivbetten zur Verfügung stünden.<sup>7</sup>

6 Interview mit Şervan Berri, Co-Vorsitzender des Kurdischen Roten Halbmondes in Rojava (Heyva Sor), 9.7.2020.

7 <https://www.dw.com/de/idlib-dem-coronavirus-ausgeliefert/a-52945731> (1.7.2020)

Obwohl die Türkei während der Kämpfe Anfang März die HTS gegen das syrische Regime unterstützt hatte, stellt die seit dem November 2017 von HTS in der Region eingesetzte «Syrische Rettungsregierung» unter Mohammed al-Sheikh ein rivalisierendes politisches Projekt zur pro-türkischen «Syrischen Übergangsregierung» unter dem Turkmenen Abdurrahman Mustafa dar und verfügte damit auch nicht über die finanzielle Unterstützung der pro-türkischen Verwaltung in den türkisch besetzten Gebieten Nordsyriens. Insbesondere die medizinische Versorgung in den Gebieten der «Rettungsregierung» ist damit noch prekärer als in den türkisch besetzten Regionen.

Wie in anderen politischen Fragen auch, ist für die türkisch besetzte Region Syriens überwiegend die Provinzverwaltung der türkischen Provinz Hatay zuständig, die am 3. März mit Sensibilisierungskampagnen für Ärzte und Manager medizinischer Organisationen begannen. Im Spital der Stadt al-Bab wurde ein Isolationsraum eingerichtet. An den Grenzen und Checkpoints wird Fieber gemessen. Wie in der Autonomen Administration von Nord- und Ostsyrien wurden Ende März auch in den türkisch besetzten Gebieten Schulen und viele andere öffentliche Einrichtungen geschlossen.

Der Bürgerkrieg wurde während der Hochphase der Coronapandemie weitgehend eingefroren. Das Virus war dafür allerdings nur einer von mehreren Gründen. Die Beschränkungen, die in allen Entitäten seit März erlassen wurden, wurden im Juni in manchen Teilen des Landes aufgehoben. In der Autonomen Administration von Nord- und Ostsyrien kehrte man Anfang Juni wieder zur Normalität zurück. Die Grenze zur Autonomieregion Kurdistan im Irak wurde allerdings von der irakischen Seite nicht geöffnet.

Im Regierungsgebiet wächst die Zahl der Infektionen allerdings weiter. Auch im Juni wurden hier Corona-bedingte lokale Ausgangssperren, etwa in der Kleinstadt Ras al-Maara, verhängt. Auch in Aleppo sind die Infektionen Ende Juni stark angestiegen. Am 5. Juli erließen schließlich die Behörden der Autonomen Administration von Nord- und Ostsyrien ein Dekret, dass die im Juni für ausgewählte Hilfsorganisationen und humanitäre Notfälle wieder partiell geöffnete Grenze zum Irak und die innersyrischen Grenzen ab dem 13. Juli wieder völlig geschlossen werden sollen, um eine Ausbreitung des Virus aus Aleppo oder der Kurdistan-Region im Irak zu verhindern.

Mittlerweile ist man in der Autonomen Administration von Nord- und Ostsyrien besser vorbereitet. Tests sind in der Region selbst möglich. Insgesamt gibt es drei Spitäler mit eigenen Isolationsabteilungen für Covid-19-Erkrankte in Ha-

saka, Manbij und Tabka, die insgesamt 500 Betten umfassen.<sup>8</sup> Die Befürchtung ist allerdings, dass durch die steigenden Zahlen in der Türkei, im Irak und in den Regierungsgebieten Syriens auch hier die Situation schwieriger werden könnte. Die rund 4.000 Studierenden, die Mitte Juli von den Universitäten von Aleppo und Damaskus nach Nord- und Ostsyrien heimkehrten, mussten aufgrund der wachsenden Infektionszahlen in den Städten unter Regierungskontrolle in Quarantäne. Seit Ende August steigen die Zahlen auch in diesem Teil Syriens stark. Bis zum 6. September 2020 gab es in der Autonomen Administration Nord- und Ostsyriens 624 bestätigte Infektionen und insgesamt 40 Todesfälle. Im August wurden auch erste Fälle von Infektionen im Gefangenenlager al-Hol festgestellt, in dem Angehörige von IS-Kämpfern angehalten sind, darunter auch hunderte europäische Staatsbürger. Besonders groß sind die Befürchtungen aber unter den rund 200.000 Vertriebenen aus Afrin in den vom Regime umzingelten Lagern von Shehba, dass die Pandemie aus den nahe gelegenen Regionen Nordwestsyriens in die Lager überschwappen könnte, da durch ein weitgehendes Embargo des Regimes kaum medizinische Güter in die Zeltlager transportiert werden können. Die Abriegelung der Region ist zudem angesichts der grassierenden Inflation und der massiven ökonomischen Probleme Syriens zudem zunehmend ein existenzielles ökonomisches Problem, von dem fraglich ist, ob es sich so lange durchhalten lässt, bis die Infektionsherde in den Nachbarländern wieder abklingen.

## Libanon: Lockdown der Proteste

Im Libanon hatte sich im Oktober 2019 eine starke zivile Protestbewegung gebildet, die sich gegen Korruption und Vetternwirtschaft, die massiven ökonomischen und sozialen Probleme des Landes, allerdings auch gegen die konfessionelle Konstitution der libanesischen Politik wendete und einen zivilen Rechtsstaat aller seiner Bürger forderte. Die Proteste im Libanon und im Irak inspirierten sich dabei gegenseitig, da beide sich u.a. mit dem Einfluss des Iran als Hegemonialmacht kritisch auseinandersetzten. Getragen wurde diese dezentral und basisdemokratisch organisierte Protestbewegung v.a. von jungen säkularen LibanesInnen unterschiedlicher ethno-konfessioneller Herkunft, die sich gegen das gesamte politische Establishment des Landes richteten. Wie im Irak spielten

<sup>8</sup> Interview mit Şervan Berri, Co-Vorsitzender des Kurdischen Roten Halbmondes in Rojava (Heyva Sor), 9.7.2020.

auch hier junge Frauen eine wichtige Rolle. Trotz vieler dezentraler Aktionen in verschiedenen Teilen des Landes, wurde ein permanent besetztes Protestcamp am innerstädtisch gelegenen Märtyrerplatz von Beirut zur Zentrale der Proteste.

Inmitten dieser Proteste wurde das Virus mit großer Wahrscheinlichkeit aus dem Iran in den Libanon eingeschleppt. Jedenfalls war eine schiitische Pilgerin, die aus dem iranischen Qom zurückkehrte, der erste Fall, der am 21. Februar im Libanon bestätigt wurde. Insbesondere Beirut und der umgebende Zentralraum entwickelten sich seither zu einer relativ stark von der Pandemie heimgesuchten Region, allerdings lag die Zahl der Toten Mitte Juni mit 28 Fällen deutlich niedriger als im Iran, in Israel oder in manchen europäischen Staaten.

Der Libanon beschloss bereits am 28. Februar eine völlige Schließung aller Bildungsinstitutionen. Auch Kirchen und Moscheen wurden geschlossen. Am 15. März verkündigte die Regierung den Notstand und beschloss die Schließung des Flughafens. Am 21. März forderte Premierminister Hassan Diab die Bevölkerung auf, sich selbst in Quarantäne zu begeben, und am 26. März wurde eine Ausgangssperre von sieben Uhr abends bis fünf Uhr früh verhängt. Die Maßnahmen wurden im Laufe des Mai teilweise wieder gelockert.

Die libanesisische Regierung nutzte den am 15. März ausgerufenen Notstand, um gewaltsam gegen die Protestbewegung vorzugehen. Am 27. März wurde das Protestcamp auf dem Märtyrerplatz im Zentrum von Beirut von den libanesischen Sicherheitskräften geräumt. Die Sicherheitskräfte besetzten den Märtyrerplatz am Abend, nachdem das libanesisische Kabinett eine Ausgangssperre verhängt hatte.<sup>9</sup> Damit wurde der Protestbewegung ihr zentraler Diskussions- und Organisationsort geraubt.

Die Protestbewegung wurde mit der Räumung und den folgenden Ausgangsbeschränkungen massiv getroffen, allerdings nicht völlig zerschlagen. Die Gründe für die Unzufriedenheit sind auch im Sommer 2020 noch immer gegeben. Die sozialen und ökonomischen Probleme haben sich die letzten Monate durch den Lockdown noch massiv verschärft. So gingen am 6. Juni erstmals seit dem Lockdown wieder DemonstrantInnen aus der Protestbewegung gegen die Regierung auf die Straße und gerieten dabei mit AnhängerInnen der pro-iranischen Hisbollah aneinander.

Dem politischen Establishment und der Regierung des Libanon ist es damit durch die Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Corona zwar gelungen die Protestbewegung kurzfristig zu schwächen. Zugleich haben sich die Bedingun-

<sup>9</sup> <https://nationalpost.com/pmnh/health-pmnh/libanese-police-remove-beirut-protest-camp> (1.7.2020)

gen, die im Herbst 2019 zu den Protesten geführt haben, weiter verschärft, was einer künftigen Eskalation den Boden bereiten könnte.

## Israel: Corona rettet Netanjahu

Israel stellt einen der am stärksten betroffenen Staaten des Nahen Ostens dar. Mit über 300 Toten bis Juni 2020, lieferte das Virus nicht nur Grund für relativ strikte Maßnahmen, sondern auch für einen politischen Schulterschluss der großen Parteien, der von vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren massiv kritisiert wurde.

Die letzten Parlamentswahlen am 2. März 2020 wiederholten für den durch Korruptionsvorwürfe ins Wanken gebrachten israelischen Premierminister Netanjahu das Patt, der Wahl vom 17. September 2019. Unter normalen Bedingungen hätte dieses Ergebnis es sehr schwer gemacht eine neue Regierung zu bilden. Sein rechtsgerichteter Likud konnte 36 von 120 Sitzen erreichen, seine stärksten Herausforderer, die bürgerlich-liberale Kachol Lavan 33. Drittstärkste Partei blieb mit fast 13% die arabisch dominierte Vereinte Liste, die für Netanjahu und die anderen Rechtsparteien auf keinen Fall als Koalitionspartner infrage kam.

Bereits im November 2019 war bekannt geworden, dass Netanjahu wegen Betrug, Untreue und Bestechlichkeit angeklagt werden soll, was den langjährigen Ministerpräsidenten dazu veranlasste von einem «Putschversuch» zu sprechen. Ende Jänner wurde er auch formal wegen Korruption in drei Fällen angeklagt, was ihn nicht davon abhielt als Spitzenkandidat für den Likud ins Rennen zu gehen. Nach den Wahlen hätte allerdings keine relevante politische Kraft mit dem Angeklagten eine Koalition eingehen wollen. Neben dem laufenden Korruptionsprozess und den zunehmend autoritäreren Attitüden des Ministerpräsidenten spielten dabei auch die Pläne einer unilateralen Annexion (von Teilen) der besetzten Gebiete der Westbank eine Rolle, mit der Netanjahu die Welt vor vollendete Tatsache stellen und die Möglichkeit eines Palästinenserstaates wohl für immer begraben wollte.

Bereits kurz nach den Wahlen wurden in Israel erste Maßnahmen zur Eindämmung des Virus erlassen, die Mitte April noch einmal verschärft wurden. Sämtliche Flüge wurden eingestellt, eine Maskenpflicht in der Öffentlichkeit beschlossen und phasenweise durfte sich niemand weiter als 100 Meter von Zuhause entfernen. Einige ultraorthodoxe Stadtviertel von Jerusalem, in denen das Virus aufgrund der beengten Wohnverhältnisse und der Weigerung, die Gottesdienste in den Synagogen abzusagen besonders grassierte, wurden völlig abgeriegelt.



Zugleich demonstrierte allerdings die israelische Zivilgesellschaft, dass auch in der Coronakrise Demonstrationen mit Mundschutz und Sicherheitsabstand möglich sind. Am 18. April demonstrierten rund 2.000 Israelis am zentralen Rabin-Platz in Tel Aviv gegen die Korruption Netanjahus und die ihrer Meinung nach gefährdete Demokratie.

Benny Gantz von Kachol Lavan hatte sich zuvor bereits erklärt, doch eine «Notstandsregierung» mit Netanjahu zu bilden. In einem Brief an Staatspräsident Reuven Rivlin formulierte Gantz: «Die politische, gesundheitliche und soziale Krise haben mich zu dem Entschluss gebracht, dass ich auch zu einem hohen politischen und persönlichen Preis alles dafür tun werde, um eine Regierung mit dem Likud zu bilden.»<sup>10</sup>

Das am 17. Mai vereidigte neue Kabinett ist mit 36 Ministern, die nötig waren, um alle zufriedenzustellen, das größte in der Geschichte Israels. Ob Netanjahu, wie abgemacht nach eineinhalb Jahren das Amt des Ministerpräsidenten tatsächlich an Gantz übergibt, steht allerdings noch genauso in den Sternen, wie die Frage, ob nun tatsächlich weitere besetzte Gebiete annektiert werden. Der Prozess gegen den Ministerpräsidenten wegen Betrug, Untreue und Bestechlichkeit wurde am 24. Mai jedenfalls trotz Regierungsbildung begonnen.

Der «Notstand», der diese Regierung erst ermöglicht hat, scheint jedenfalls anzudauern. Ende Mai schien die Krise bereits im Griff und Hotels, Cafés, Bars und Restaurants durften mit Auflagen ebenso wieder öffnen, wie Museen und Schwimmbäder. Im Juni stellte sich allerdings heraus, dass die wieder eröffneten Schulen zunehmend zu Infektionsherden werden und viele wieder geschlossen werden müssen. Seit Ende August 2020 breitet sich das Virus wieder wesentlich stärker aus und die Regierung bereitet erneut Ausgangssperren und weitere härtere Maßnahmen vor.

## Palästina: Virus in den besetzten Gebieten

Erstaunlicherweise breitete sich das Virus in den palästinensischen Gebieten weniger aus als in Israel.

PalästinenserInnen konnten aufgrund früherer Ausgangssperren unter israelischer Besatzung möglicherweise besser mit der Situation umgehen als viele andere. So erklärte Tareq Zaid-Alkilani, der für Ärzte ohne Grenzen (MSF) in

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-04/israel-koalition-benny-gantz-benjamin-netanjahu-Coronakrise> (1.7.2020)

Nablus als Projektkoordinator arbeitet, im April, dass etwas, das für den Rest der Welt abnormal wäre, für die Palästinenser normal sei: «Bewegungseinschränkungen gehören bereits zur alltäglichen Realität der Palästinenser. Zu dieser Realität gehören auch Episoden von Gewalt in Gemeinden rund um die israelischen Siedlungen und angrenzende Außenposten. Es gibt keinen Unterschied seit dem Ausbruch von Covid-19.»<sup>11</sup>

Tatsächlich dürften israelische Einreisebeschränkungen und Ausgangssperren diesmal zugunsten der PalästinenserInnen ausgefallen sein. Im Vergleich zu Israel wurde das Virus in den palästinensischen Städten und Dörfern wesentlich weniger verbreitet. Der erste Fall wurde am 5. März in einem Hotel in Betlehem bestätigt, in dem Ende Februar TouristInnen aus Griechenland abgestiegen waren. Die ersten Fälle im Gaza-Streifen wurden am 21. März diagnostiziert.

Bereits mit den ersten bekannten Fällen am 5. März wurden in der West Bank die Grenzen für Touristen ebenso geschlossen, wie Schulen, Universitäten, Moscheen und Kirchen. Mit den ersten Fällen im Gaza-Streifen, wurde auch dort ein Lockdown beschlossen. Insgesamt gelang es mit diesen Maßnahmen, die Zahl der offiziell registrierten Todesfälle bis Mitte Juni auf drei Personen zu beschränken. Angesichts der schlechteren Gesundheitsversorgung im Vergleich zu Israel, mag es zusätzliche unentdeckte Fälle gegeben haben, insgesamt ist jedoch im Vergleich zu Israel von einer deutlich geringeren Verbreitung und Todeszahl auszugehen. Wie es scheint, konnte die palästinensische Gesellschaft, die in Jahren der Besatzung eine gewisse Resilienz in Bezug auf Ausgangssperren und Beschränkungen der Bewegungsfreiheit aufgebaut hatte, mit der Situation besser umgehen, als die an völlige Bewegungsfreiheit gewohnten Israelis.

## Jordanien: Alles unter Kontrolle?

Auch Jordanien gelang es bislang den Ausbruch des Virus relativ gut unter Kontrolle zu bekommen. Die Regierung setzte schon fünf Wochen vor dem Bekanntwerden der ersten Fälle erste Vorbereitungsmaßnahmen, indem schon Ende Jänner einige Spitäler speziell mit der Behandlung möglicher Infektionen betraut und Vorgangsweisen für den Fall von Corona-Infektionen beschlossen wurden. Obwohl es in Jordanien am 14. März nur einen bestätigten Fall gab, schloss die Regierung als Reaktion auf die Verbreitung des Virus in den Nach-

<sup>11</sup> <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/west-bank-covid-19-lockdown-exacerbating-mental-health-crisis> (1.7.2020)

barstaaten Schulen, verbot öffentliche Versammlungen und schloss die Grenzen und Flughäfen. Am 17. März folgte ein völliger Lockdown, nachdem die Teilnahme eines Infizierten an einer Hochzeit mit 400 Gästen bekannt geworden war.

Da trotz beengter Wohnverhältnisse in den Lagern der syrischen Flüchtlinge bis Mitte Juni mit solchen Maßnahmen die Zahl der Covid-19-Toten auf neun Personen beschränkt werden konnte und mit 17. Juni bereits 693 von 981 bestätigten Fällen genesen waren, wird die jordanische Strategie von vielen JordanierInnen als relativ erfolgreich eingeschätzt und der Regierung vielfach positiv angerechnet.

## Kuwait: Neue Aufmerksamkeit aber keine Staatsbürgerschaft für die Bidun

Mit über 300 Toten bis Mitte Juni, ist das kleine Kuwait eines der stärker betroffenen Länder in der Region. Hier führte die Coronakrise allerdings auch zu einer bemerkenswerten Entwicklung unter den staatenlosen Bidun.

Die Bidun, kurz für bidun jinsiyya (◀ohne Nationalität◀) bilden eine Minderheit nordarabischer Stammesbevölkerung, denen die kuwaitische Staatsbürgerschaft versagt wurde. Im Wesentlichen bilden sie Nachkommen jener damals nomadischen arabischen Stämme, die aufgrund von Analphabetismus, Nomadismus, Armut oder mangelndem Zugang zu Behörden nicht in der Lage waren, sich vor 1920 als Bürger Kuwaits registrieren zu lassen. Für viele nomadische Beduinen bedeutete die Etablierung von Nationalstaaten durch die Kooperation von europäischen Protektoratsmächten und lokalen Stammesoberhäuptern, eine völlig ungewohnte neue Situation, die nicht mit ihrer bisherigen gesellschaftlichen Ordnung vereinbar war und die deshalb auch lange ignoriert wurde.

Die ungesicherten Grenzen Kuwaits trugen ebenso zur Staatenlosigkeit einiger Einwanderer bei. Der Norden des heutigen Saudi-Arabien wurde noch bis 1921 vom Rashidi-Emirat der Shammar beherrscht, das nie eine präzise Grenzlinie hatte und kapitulierte erst im November 1921 nach der Eroberung seiner Hauptstadt Ha'il durch den späteren König Saudi-Arabiens Abdulaziz Ibn Saud.<sup>12</sup> Zwischen Saudi-Arabien und Kuwait existierte noch bis 1969 eine 5.770 km<sup>2</sup> große sogenannte «Neutrale Zone» um al-Wafra an der Südgrenze des heutigen Kuwait, die von Najd bzw. Saudi-Arabien und Kuwait gemeinsam verwaltet wur-

<sup>12</sup> Vgl. Madawi Al-Rasheed, *Politics in an Arabian Oasis. Rashidis of Saudi Arabia*, New York 1997.

de. Auch im Hinterland der Stadt waren die in der Wüste verlaufenden Grenzen gegenüber Irak und Saudi-Arabien lange nicht präzise festgelegt. Die hier nomadisierenden Beduinen verstanden sich weder als saudische, noch als irakische oder kuwaitische Staatsbürger.

Die Zahl der Bidun war und ist ein umstrittenes Politikum. Vor dem Irak-Krieg von 1991 wurden etwa 290.000 Bidun geschätzt, was damals etwa 13% der 2 Millionen EinwohnerInnen des Landes ausmachte. Da ein großer Teil dieser Bevölkerung vor den Kampfhandlungen der Operation Desert Storm im Jänner und Februar 1991 floh und nach der Wiedererlangung der kuwaitischen Souveränität nicht nach Kuwait zurückkehren durfte, reduzierte sich diese Zahl auf etwa 122.000.<sup>13</sup> Seither hat diese Zahl mit Sicherheit aufgrund des natürlichen Bevölkerungswachstums wieder zugenommen, allerdings nicht mehr das Vorkriegsniveau erreicht.

Die Bidun blicken auf eine lange Geschichte an Kämpfen um Anerkennung zurück. 2011 gelang es ihnen, im Gefolge des Arabischen Frühlings mit Demonstrationen auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen.<sup>14</sup> Ansonsten ausgeschlossen von der öffentlichen Gesundheitsversorgung, begannen Freiwillige als Gesundheitsvoluntäre aktiv zu werden und sich damit eine öffentliche Anerkennung zu erwerben, die ihnen bisher versagt worden war.

Während die Bidun in Kuwait im Allgemeinen keinen Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung haben, hat sich eine bemerkenswerte Anzahl staatenloser Ärzte und Krankenschwestern gemeldet, als die Regierung Mitte März Moscheen und andere öffentliche Einrichtungen schließen ließ und das Innenministerium unbezahlte Freiwillige aufforderte, sich dem Kampf gegen das Corona-Virus anzuschließen. Dieselben Personen wurden bisher von der Möglichkeit einer bezahlten Beschäftigung im öffentlichen Sektor ausgeschlossen. Auch der Zugang zu staatlichen Bildungseinrichtungen war dieser Gruppe immer versagt worden. Trotzdem hatten sich einige mit eigenem Geld ein Studium oder entsprechende Qualifikationen ermöglicht.

Ihr Engagement, auf die aktuellen Bedürfnisse einzugehen, wurde von der kuwaitischen Gesellschaft gelobt. Immer lauter wurde in sozialen Medien die Forderung gestellt, dass sie für dieses Engagement die kuwaitische Staatsbürgerschaft erhalten sollten. Ein Twitter-Nutzer schrieb: «Das Mindeste, was getan werden kann, ist, all unseren Bidun-Brüdern und -Schwestern, die mit guter

13 Claire Beaugrand, *Stateless in the Gulf. Migration, Nationality and Society in Kuwait*, London/New York 2018, 36.

14 Beaugrand, 2018, 195.

Laune an den medizinischen Bemühungen zur Bekämpfung des Coronavirus in Kuwait teilgenommen haben, die Staatsangehörigkeit zu verleihen.»<sup>15</sup>

Insbesondere Kuwaitis, die in medizinischen Bereichen tätig sind, solidarisieren sich nun mit den Staatenlosen und verlangen ihre Einbürgerung. Eine Reihe arabischsprachiger Hashtags haben sich im Laufe des April in den kuwaitischen sozialen Medien verbreitet, um an die bemerkenswerten Aktivitäten dieser legal marginalisierten Beschäftigten im Gesundheitswesen zu erinnern. Dies hat die Debatte um den historischen Entzug der Staatsbürgerschaft von mehr als hunderttausend Bidun von vielen ihrer Bürgerrechte wiederbelebt.<sup>16</sup>

Anfang Juni wurden nach drei Monaten in Kuwait die Moscheen wieder teilweise geöffnet. Die Debatte um die Bidun dauert hingegen an. Bis jetzt erhielten die gefeierten HelferInnen keine Staatsbürgerschaft.

## Stabilisierung durch das Virus?

Die sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den Staaten des Nahen Ostens scheinen in den meisten Fällen vordergründig zu einer Stabilisierung der Macht der bestehenden politischen Eliten geführt zu haben. Allerdings wurden zugleich bestehende soziale Konflikte durch die ökonomischen Folgen der verschiedenen Lockdowns eher verschärft als entschärft. Im Irak und im Libanon, wo sich im Herbst 2019 starke Protestbewegungen entwickelt hatten, konnten diese zwar eingedämmt, allerdings nicht zerschlagen werden. In Israel ließen sich die Proteste gegen Ministerpräsident Netanjahu auch nicht durch die strikten Maßnahmen der Regierung verhindern. In Kuwait hat die Beteiligung der Bidun an den medizinischen Maßnahmen der Regierung eine neue Debatte über die Lösung des Problems der Staatenlosigkeit entfacht.

Die politischen Eliten der Region konnten damit dank der Coronakrise zwar Zeit gewinnen, allerdings ist die Unzufriedenheit insbesondere dort, wo es Regierungen nicht gelungen ist, die Krise medizinisch und sozial/ökonomisch gut zu verwalten, weiter gestiegen. Massenproteste haben sich teilweise verlagert, sind jedoch nicht zu Ende. Der Region könnten damit in den kommenden Monaten und Jahren noch viel schärfer ausgetragene soziale und politische Konflikte bevorstehen.

<sup>15</sup> [https://twitter.com/khaled\\_binali/status/1244129782490595330](https://twitter.com/khaled_binali/status/1244129782490595330) (1.7.2020)

<sup>16</sup> <https://blogs.lse.ac.uk/mec/2020/04/27/the-covid-19-crisis-and-new-agency-for-stateless-bidoon-in-kuwait/> (1.7.2020)